



## **Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 08.11.2010

### **Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 11. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 04.11.2010**

#### **öffentlich**

#### **6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010**

RM Moritz zeigt sich enttäuscht von dem Konzept, da dieses ihrer Ansicht nach zu grob und allgemein formuliert sei. Auch die Schlagwörter wie „Nutzungsmischung“ oder „Soziale Mischung“ seien nicht neu, sondern seit langer Zeit Beratungsgegenstand in den politischen Gremien. Ferner sei sie kritisch gegenüber den Vorschlägen zum Wohnungsversorgungsbetrieb. Wirklich brisante und wichtige Thematiken, wie beispielsweise die Situation in der Kolbstraße oder der Weidengasse fehlten gänzlich. Auch zum Thema „Wohnen“ in der Rubrik „Maßnahmen“ sei nichts aufgeführt. Aus diesen Gründen schlage sie vor, in diesem Ausschuss erst konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Sie könne sich beispielsweise ein Pilotprojekt, ähnlich des der Stadt Arnheim, vorstellen. Dieses habe zum Inhalt gehabt, gemeinsam mit den Bewohnern spezielle, bedarfsgerechte Wohnungszuschnitte für Migranten zu ermitteln.

SE Götz schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Zweifellos handele es sich um eine Querschnittsaufgabe, die alle Ausschüsse betreffe, doch wenn keine konkreten Handlungsempfehlungen formuliert würden, sei diese Vorlage wenig konstruktiv. Integration sei vielmehr ein Prozess und deshalb ständige Aufgabe für jeden Ausschuss. Die CDU-Fraktion schließe sich daher dem Alternativvorschlag der Verwaltung an.

RM Uckermann erläutert die Historie zu dieser Vorlage. Er stimme den Analysen seiner Vorredner zu und freue sich über die kritischen Aussagen. Der Begriff Integration bedeute für ihn Anpassung. Sätze in dem Konzept, wie „Köln muss sich zu einer Multiethnischen Stadt weiterentwickeln“ könne er nicht nachvollziehen. Dies habe seines Wissens nach noch nie funktioniert. Auch lehne er spezielle Wohnungszuschnitte für Migranten im öffentlich geförderten Wohnungsbau strikt ab.

RM Moritz appelliert an die CDU-Fraktion, nicht der Alternative zu folgen. Eine Nichtzustimmung würde ihrer Ansicht nach eine unerwünschte mangelnde Wertschätzung des Konzeptes insgesamt zum Ausdruck bringen. Stattdessen schlägt sie vor, das Konzept zur Kenntnis zu nehmen und die Wertschätzung für die überwiegend ehrenamtliche Arbeit ausdrücklich zu betonen. Ferner solle angekündigt werden, bei Umsetzung des Maßnahmenkataloges eine intensive Mitarbeit durch den Stadtentwicklungsausschuss zuzusichern.

RM Uckermann beantragt eine Abstimmung über eine ablehnende Kenntnisnahme.

Vorsitzender Klipper erklärt, eine „ablehnende Kenntnisnahme“ gebe es nicht. Statt dessen greife er den Vorschlag von Frau Moritz auf und stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Der Stadtentwicklungsausschuss kündigt eine intensive Mitarbeit bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen an und empfiehlt dem Rat im Übrigen wie folgt zu beschließen:**

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Köln nimmt das „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ zur Kenntnis und drückt ausdrücklich die Wertschätzung für die geleistete Arbeit aus.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln.**